

Grüne fordern Bioessen in Mensen und Kantinen des Landes



07.04.2010 Stuttgart. Die Grünen im Landtag sind nicht zufrieden mit dem Anteil an Bio-Essen und Produkten in den Mensen und Kantinen des Landes. „Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf“, sagt die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion, Gisela Splett. Andere Länder seien da viel weiter, etwa Österreich, wo der Anteil bei Gemeinschaftsverpflegung bei mindestens 25 Prozent läge. In Baden-Württemberg fehle es jedoch an klaren Vorgaben. „Jede Behörde und jeder Pächter macht es nach eigenem Gutdünken“, so Splett. Für die Grünen ist jedoch klar: Es sollte in jeder Kantine täglich ein Gericht aus Bioprodukten geben. „Wir wollen, dass hier mehr getan wird“, so Splett.

Dass dies machbar ist, zeigen Beispiele von Studentenwerken. So wird in Freiburg im Mensa-Bistro etwa eine Biolinie angeboten, die ausschließlich mit Zutaten aus kontrolliertem ökologischen Anbau und aus artgerechter Tierhaltung hergestellt werden. Dafür wurde dem Studentenwerk auch das Bio-Zertifikat des Ministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft verliehen. Ein Zertifikat, das strengen Regeln unterliegt, so müssen beispielsweise auch alle Lieferbetriebe von einer offiziellen Prüfstelle zertifiziert sein. Auch das Studentenwerk Bodensee hat bereits vor sieben Jahren eine Bio-Linie eingeführt und bezieht die Zutaten für dieses Menü soweit wie möglich aus der Region.

Thema wird bei jeder Behörde anders behandelt

Doch diese Beispiele sind bisher die Ausnahme und nicht die Regel. Das geht aus der Antwort des Ministeriums für Ernährung und ländlichen Raum auf einen Antrag der Grünen zum Thema „Regelmäßiges Bio-Essen in Mensen und Kantinen“ ([Landtagsdrucksache 14/5177](#)) hervor. Danach wird das Thema bei jedem Ministerium, in jedem Regierungspräsidium und auch in den Kommunen und an den Hochschulen jeweils unterschiedlich behandelt. Denn: Die Gestaltung der Pachtverträge oder der Verträge mit Catering-Unternehmen erfolgt nicht landesweit, sondern jeweils durch die zuständigen Verwaltungseinheiten vor Ort. Auch das Ministerium für Ernährung und ländlichen Raum habe mit seinem Pächter keine Regelungen zur Verwendung von Bio-Erzeugnissen getroffen, heißt es in der Antwort, dennoch setze der Pächter etwa 15 Prozent Bio-Waren ein. Auch für die meisten anderen Behörden-Kantinen gibt es keine Vorgaben für Bio-Erzeugnisse. Bei einigen werden sie dennoch in größerem oder kleinerem Umfang eingesetzt, meist ist dies jedoch für den Nutzer nicht ersichtlich.

Denn: Die Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums über die Führung von Behördenkantinen schreibt den landeseigenen Kantinen verbindlich vor, dass sie ihre Ausgaben grundsätzlich aus den Einnahmen zu bestreiten haben. Der Wareneinkauf orientiere sich deshalb überwiegend an wirtschaftlichen Überlegungen. Verbindliche Festlegungen engten den finanziellen Spielraum weiter ein „und sind deshalb nicht vertretbar“, so die Antwort aus dem Ministerium auf den Grünen-Antrag. Nach Ansicht der Fachleute im Ministerium schätzen Kantinenbesucher zwar grundsätzlich den Einsatz von Biowaren, seien jedoch nicht bereit, dafür höhere Preise zu bezahlen. So seien nach Auskunft etwa des Pächters im Regierungspräsidium Stuttgart Bio-Lebensmittel aufgrund der Preise in der Gemeinschaftsverpflegung nicht oder kaum einsetzbar. Bei der Landes- und Bereitschaftspolizei ist die Rede von Mehrkosten für Bio-Lebensmitteln bis zum doppelten Preis für herkömmliche Lebensmittel. Deshalb würden sie außer bei Sonderangeboten nicht verwendet.

Splett: Land sollte Vorbild bei ökologischer Beschaffung werden

Die Grünen-Abgeordnete Gisela Splett ist über diese Antwort nicht besonders glücklich: „Das Land sollte Vorbild bei der ökologischen Beschaffung werden“, ist sie überzeugt. Und dazu gehöre neben dem Fuhrpark, Öko-Strom und Recycling-Papier eben auch das Bio-Essen. Bereits in der zehnten Legislaturperiode war dies Thema im Landtag. Damals hatte der Landtag gefordert, die Gemeinschaftsverpflegung von Land und Kommunen auf Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau oder mit Herkunfts- und Qualitätszeichen Baden-Württemberg umzustellen. In der 13. Legislaturperiode wurde das Thema in Anträgen mehrerer Fraktionen aufgegriffen. Im Jahr 2004 führte die Landesregierung daraufhin einen Wettbewerb durch, mit dem Ziel, dass Produkte aus der Region stärker im Angebot der Kantinen zum Einsatz kommen und dass die zugesagte Qualität auch getestet und die Herkunft überprüft wird. Obgleich dieses Thema auch in Papieren der Landesregierung immer wieder auftaucht, etwa in der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes, wo es auch um Ernährungsverhalten und gesunde Lebensmittel geht oder der Zielsetzung zur umweltfreundlichen Beschaffung des Umweltministeriums, fand eine tatsächliche Umstellung der Gemeinschaftsverpflegung bis heute nicht statt, so das Resümee der Grünen.

Dabei gibt es in Deutschland bereits Kommunen, die einen bestimmten Anteil an Bio-Essen in städtischen Einrichtungen oder bei Empfängen per Stadtratsbeschluss vorschreiben. Dazu gehören etwa Nürnberg oder München. Auch in Sachsen läuft eine landesweite Kampagne zur Einführung von Bioprodukten in der Gemeinschaftsverpflegung. Kurzfristiges Ziel sollte es deshalb auch in Baden-Württemberg sein, mindestens ein Bioessen pro Tag sowie Bio-Getränke zu einem adäquaten Preis anzubieten, fordern die Grünen. „Bei den vegetarischen Gerichten gab es vielen Mensen und Kantinen am Anfang Bedenken, ob die Nachfrage ausreichend groß sein würde. Inzwischen ist ein zusätzliches Vegetarier-Gericht dort flächendeckend Standard. Bei Bio oder fairen Produkten wie Kaffee, Tee oder Kakao sind wir auf halber Strecke – der Trend ist aber positiv“, sagt die Abgeordnete Splett. „Regional, fair und bio – das sollte zum Leitmotto für Kantinen und Mensen des Landes werden.“

Das Innenministerium hat bereits mitgeteilt, dass es beabsichtigt, dieses Thema im Rahmen einer neuen Vergabe der Dienstleistung im Kantinenpachtvertrag aufzugreifen. Die Umsetzung des Vorschlags in allen landeseigenen Kantinen und Mensen würde aber voraussetzen, dass von Seiten des Landes solche Essen und Getränke besonders gefördert würden, heißt es in der Antwort des Ministeriums für Ernährung und ländlichen Raum auf den Grünen-Antrag. Denn bei der Preisgestaltung gebe es nach oben nicht allzu viel Spielraum.

schl

Mehr zum Thema:

[Drucksache 14/5177: Regelmäßiges Bio-Essen in Mensen und Kantinen](#)
www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/5000/14_5177_D.PDF